

FÜR DIE DEZENTRALE UNTERBRINGUNG DER FLÜCHTLINGE IN REGULÄREN MIETWOHNUNGEN!

DIE CONTAINER MÜSSEN WEG!

KUNDGEBUNG VOR DEM RATHAUS /// ÜBERGABE DER RESOLUTION AN DEN OB

Über 200 Menschen leben gegenwärtig unter unzumutbaren Bedingungen in der Containerwohnanlage für Flüchtlinge an der Forellstraße in Herne-Baukau. Einzelpersonen und ganze Familien werden hier auf engstem Raum zusammengepfercht.

- > Einzelne Familien leben schon seit fast zehn Jahren in den Containern.
- > Die nur 16 m² großen zellenartigen Zimmer werden im Schnitt von jeweils zwei Personen bewohnt.
- > Die sich in den Zimmern befindenden Toiletten sorgen für eine ständige Geruchsbelästigung.
- > Die Koch-, Spül- und Waschgelegenheiten sind absolut unzureichend.
- > Kranke Menschen und kleine Kinder leben in Räumen mit massivem Schimmelbefall.
- > Die dünnen Wände der Zimmer und die Geräuschkulisse auf den langen Fluren sorgen für eine permanente Lärmbelästigung. Unter derart beengten Wohnbedingungen wird jegliche Privat- und Intimsphäre zerstört.
- > Den Kindern fehlt die Möglichkeit, in Ruhe ihre Hausaufgaben zu machen oder ungestört zu spielen.

> In dem vollständig umzäunten Lager befinden sich die BewohnerInnen unter ständiger Beobachtung. Auf den Fluren und in einigen Gemeinschaftsräumen hängen Videokameras. BesucherInnen müssen sich an einer Pforte anmelden und gelegentlich auch ausweisen.

Kirchen, Gewerkschaften und Flüchtlingsinitiativen in Herne sind sich darin einig, dass derartige Lebensbedingungen die Menschenwürde der Betroffenen verletzen.

Die in den frühen neunziger Jahren in Zeiten akuten Raummangels entstandene Containeranlage ist bestenfalls eine Notunterkunft, die angesichts der stark gesunkenen Asylbewerberzahlen schon längst hätte geschlossen werden können. Selbst nach Berechnungen der Stadtverwaltung wäre eine Unterbringung der Flüchtlinge in privaten Mietwohnungen deutlich günstiger als der Weiterbetrieb der Containeranlage, für den die Stadt jährlich 1,2 Millionen Euro an einen privaten Betreiber zahlt.

Die umliegenden Ruhrgebietsstädte wie Gelsenkirchen, Herten oder Castrop-Rauxel haben längst ihre Massenunterkünfte geschlossen und sind dazu übergegangen den freistehenden Wohnraum für eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen. Auch in

Herne gibt es genügend Wohnungsleerstand. Es ist an der Zeit, dass auch die Stadt Herne die räumliche und soziale Isolation von Flüchtlingen beendet und Konzepte für eine aktive Integration dieser Menschen in die Gesellschaft entwickelt.

Im Initiativkreis Forellstraße haben sich Herner BürgerInnen, BewohnerInnen der Container-Anlage, RepräsentantInnen der beiden großen Kirchen, VertreterInnen der Herner Gewerkschaften und Aktive aus der Flüchtlingsbetreuung zusammengeschlossen. Der Initiativkreis setzt sich für eine schnelle Schließung der Containeranlage ein und fordert die Stadt Herne dazu auf, die BewohnerInnen in regulären Mietwohnungen unterzubringen.

Am 12. Dezember wollen wir durch die Kundgebung unser Anliegen noch einmal bekräftigen. Außerdem wollen wir eine von zahlreichen BürgerInnen und Organisationen unterstützte Resolution mit entsprechenden Forderungen dem Oberbürgermeister der Stadt Herne, Horst Schiereck, persönlich überreichen.

VertreterInnen der Kirchen, Gewerkschaften und politischen Parteien sowie der BewohnerInnen werden zu Wort kommen. Für eine musikalische Begleitung wird gesorgt.

REDNER: REINER RIMKUS (SUPERINTENDENT DES EV. KIRCHENKREISES HERNE), PETER VELTEN (GEW HERNE), PETER HUGO DÜRDOETH (GRÜNE HERNE), HUSEYIN CELIK (GESELLSCHAFT FREIE SOZIALARBEIT E.V.)

**DIENSTAG, 12. DEZEMBER
14:30 BIS 16:00 UHR
VOR DEM HERNER RATHAUS, FRIEDRICH-EBERT-PLATZ**